Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 52. **Dienstag** den 29. Januar 1901. 95. Jahrgang.

Eine „Deutsche Gesellschaft für sociale Reform".

Am 6. Januar d. J. hat in Berlin eine Versammlung zum Zwecke der Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für sociale Reform" stattgefunden. Die Einberufer derselben waren den Zeitungsberichten zufolge „hervorragende Mitglieder aller Parteien mit Ausnahme der socialdemokratischen". Unter diesen „hervorragenden Mitgliedern aller Parteien" sind indeß wohl nur die der wirthschaftlich-socialen, nicht der politischen, zu verstehen. Denn es fehlen unter den dort angeführten die bekannten Namen solcher aus den mehr rechts stehenden Parteien, der conservativen und der freiconservativen. Vielleicht wäre es zweckmäßiger gewesen, auch diese an der Gründung der neuen Gesellschaft sich betheiligen zu lassen, da man bei ihrem Reformwerke jedenfalls in erster Linie auch die gesetzgebenden Gewalten des Reichs, vor Allem den Reichstag, zur Mitwirkung wird herbeiziehen müssen.

Die Gesellschaft soll (nach der einleitenden Ansprache des Staatsministers a. D. v. Berlepsch) in einer doppelten Richtung thätig sein, der internationalen und der nationalen. Sie soll die deutsche Section der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz bilden und in dieser Eigenschaft im Zusammenwirken mit den Vertretern anderer Staaten die Hindernisse beseitigen helfen, „die der Förderung des Arbeiterschutzes mit Rücksicht auf die Concurrenzfähigkeit unserer Industrie entgegengestellt werden".

Die „Internationale Vereinigung" ist, wie derselbe Redner ausführt, auf einem Congreß zu Brüssel 1897 angebahnt, im vorigen Jahre auf einem zu Paris „unter Theilnahme von Vertretern einer großen Anzahl industrieller Staaten", auch Deutschlands (nur England fehlte), begründet worden. „Nationale Sectionen" derselben sind indeß zur Zeit nur „in den meisten dieser Staaten" (nicht in allen) „in der Bildung oder Vorbereitung" begriffen, wirklich begründet ist eine einzige, die in der Schweiz.

Bei solcher Sachlage scheint ein rasches Vorgehen Deutschlands nach dieser Seite hin kaum räthlich. Deutschland ist anerkanntermaßen gegen alle andern Staaten mit seinen Maßregeln der Arbeiterfürsorge weit im Vorsprunge. Es muß daher, wie unser großer Staatsmann Fürst Bismarck oft mahnte, mit weiteren Schritten auf dieser Bahn so lange ein langsameres Tempo einhalten, bis andere Staaten durch ihre Nachfolge die Hindernisse beseitigt haben werden, welche zwar nicht einer „Förderung des Arbeiterschutzes" überhaupt, wohl aber einer zu hastigen, mit Rücksicht auf die Concurrenzfähigkeit unserer Industrie sich entgegenstellen. Sollte nun die „Gesellschaft für Socialreform" mit neuen, vielleicht weitgehenden Reformvorschlägen hervortreten, so würde der Abstand zwischen Deutschland und den anderen Industriestaaten ein noch größerer, die Concurrenz unserer Industrie mit der jener Länder eine noch schwierigere werden. Was die nationale Aufgabe der neuen Gesellschaft betrifft, so springt die Wichtigkeit einer Gründung ins Auge, die sogleich in ihren ersten Anfängen so Großes unternimmt, wie die Zusammenfassung aller socialreformatorischen Richtungen und die Vereinigung der auf diesem Gebiete thätigen namhaftesten Gelehrten, Schriftsteller und Parlamentarier zu einem gemeinsamen reformatorischen Werke.

Freilich aber erwachsen gerade hier auch gewisse Bedenken. Dieselben betreffen theils die zu große Allgemeinheit und Unbestimmtheit des Zieles, welches die Gesellschaft sich setzt, theils eben jene Verschiedenheit des Standpuncte, auf welchem in Betreff der socialen Frage viele ihrer Mitglieder stehen. Beides zusammen läßt befürchten, daß, wenn es erst zur nähern Präcisirung und vollends zur praktischen Ausführung des Gesellschaftsprogramms kommen soll, entweder die Gesellschaft sich spalten, oder aber die thatenlustigeren unter den Mitgliedern die ruhigeren und besonneneren mit sich fortreißen möchten. Nach der Erklärung des Herrn von Berlepsch soll die Aufgabe der Gesellschaft die sein, „die verschiedenen Bestrebungen, welche in Deutschland für die sociale Reform thätig sind, zu stärken, sowie Verständniß und Mitarbeit anzuregen".

Hier ist von einem einheitlichen und gleichmäßigen Wirken der Gesellschaft in allen ihren Mitgliedern nicht die Rede, vielmehr nur von einer „Stärkung" dieser so „verschiedenen" Bestrebungen, von einem „Verständniß" dafür und einer „Heranziehung derselben zur Mitarbeit".

Die Gefahr einer Zersplitterung der Gesellschaft liegt um so näher, als die Gesellschaft nach den Erklärungen des Herrn von Berlepsch „nicht wissenschaftlich, sondern vor Allem praktisch wirken", als sie auf jede Weise agitiren und so „die Goldbarren des Vereins für Socialpolitik in kleine Münze umsetzen soll".

Es war ein Verdienst des „Vereins für Socialpolitik", daß er sich einer unmittelbaren praktischen „Agitation" enthielt, daß er die ihm nothwendig scheinenden socialen Reformen nur durch wissenschaftliche Erörterungen vorbereitete und sie dann ruhig reifen ließ, ohne durch eine hastige Agitation sie vielleicht zu übereilen. Auf diese Weise hat er während der nun fast 30 Jahre seines Bestehens zu so vielen wichtigen socialen Reformen den Anstoß gegeben und den Grund gelegt. Sollte der neuen Gesellschaft eine solche stille, aber nachhaltige Wirksamkeit nicht genügen, sollte sie oder doch ein Theil ihrer Mitglieder nicht rasch genug in die Oeffentlichkeit und den Kampf der Parteien hineintreten können, so wäre es ihre erste und dringendste Pflicht, ihr Gesellschaftsprogramm schärfer zu präcisiren, damit Jedermann, Freunde wie Feinde einer socialen Reform, genau wisse, was er von dieser neuen Partei (denn eine solche würde es doch sein) zu hoffen oder zu fürchten, wie er sich selbst zu ihr zu stellen hätte. Am Besten würde dies wohl in einer zweiten, speciell der Besprechung des Programms gewidmeten Versammlung geschehen, da die constituirende Versammlung vom 6. Januar sich eigentlich nur mit Fragen des Statuts beschäftigt hat.

Eine solche Programmdebatte würde zugleich am besten zeigen, inwieweit die Standpuncte der einzelnen Gesellschaftsmitglieder, die allerdings früher zum Theil sehr verschieden, ja gegensätzlich bis zur scheinbaren Unvereinbarkeit waren, sich seitdem so sehr einander genähert haben, daß eine Ausgleichung derselben in einem Mittelpuncte und das gleichmäßige Vorgehen aller Mitglieder nach einem gemeinsamen Ziele zu erwarten stehe.

Dabei würde auch zu Tage kommen, wie die neue Gesellschaft — als Ganzes oder doch in der ausschlaggebenden Mehrheit ihrer Mitglieder — sich zur Socialdemokratie stellt und weiterhin stellen wird. Daß letztere von der Einladung zur constituirenden Versammlung ausgeschlossen blieb, war selbstverständlich. In derselben Weise wird die Gesellschaft eine scharfe Grenzscheide zwischen sich und jener Partei aufrichten und streng darauf halten müssen, daß diese Grenzscheide weder überschritten noch verwischt werde. Sie wird daher solchen Reformvorschlägen (selbst wenn sie aus ihrer Mitte kämen) ihre Unterstützung zu versagen haben, welche zwar scheinbar harmlos, aber in der Auslegung, die sie leicht erhalten, der Mißdeutung fähig sind, wie z. B. das neuerdings beliebt gewordene Schlagwort „Organisation", welches, wie die Erfahrung gezeigt hat, zu einer Vergewaltigung der gesetzlichen Coalitionsfreiheit in einen widergesetzlichen Coalitionszwang, zu einer Ausschließung aller nicht organisirten Arbeiter von der Arbeit der organisirten, ja zu Gewaltthätigkeiten, wie die in Löbau, mißbraucht werden kann.

Bei einer solchen negativen Abwendung von der Socialdemokratie wird es aber die Gesellschaft für Socialreform nicht bewenden lassen dürfen, sondern es wird auch eine positive Mitwirkung zur Bekämpfung der Socialdemokratie von ihr zu fordern und zu erwarten sein. Von Freunden der Arbeiter und von Freunden des socialen Friedens ist schon oft die Frage erörtert worden, ob es denn nicht möglich sei, durch eine aufrichtige und consequente, wenn auch vorsichtige Socialreform und eine dadurch bewirkte sichtbare Verbesserung des Looses der Arbeiter diese dem verderblichen Einflusse der Socialdemokratie zu entziehen. Bisher sind alle Hoffnungen dieser Art eitle gewesen. Nicht die von den beiden hochherzigen Kaisern Wilhelm I. und Wilhelm II. angeregten und von den bürgerlichen Parteien im Reichstage — gegen den Widerspruch der socialdemokratischen Abgeordneten — bewilligten Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze, durch welche schon bis jetzt nahezu 2000 Mill. Mark theils aus den Cassen des Reichs, theils aus den Taschen der Arbeitgeber für die Arbeiter aufgewendet, zugleich diesen werthvolle Bürgerschaften für Schonung ihres Lebens und ihrer Gesundheit, ihres häuslichen und Familienlebens gegeben sind; nicht die zahlreichen vom Staate, von Gemeinden, von Körperschaften und von Einzelnen, nicht am wenigsten auch von Arbeitgebern, ins Leben gerufenen und unterhaltenen Anstalten zum Wohle der Arbeiter und ihrer Familien (Volkskindergärten, Volksküchen, Heilstätten für Jung und Alt, Feriencolonien, Volksbibliotheken, Volksunterhaltungsabende u. s. w.); nicht die ziffernmäßigen Nachweise, wie viel noch außerdem fort und fort aus bürgerlichen Kreisen für die Arbeiter geleistet wird (in dem einen Jahre 1897 82 Stiftungen im Betrage von 27½ Mill. Mark, eine Spende von 60 Arbeitgebern, zusammen 8 Mill. Mark ꝛc.), dagegen so gar nichts aus socialdemokratischen, wie umgekehrt die den „Genossen" abgepreßten, sauer verdienten „Arbeitergroschen" wohl (10 bis 15 ℳ im Jahre) zum allergeringsten Theil für Zwecke der Arbeiterwohlfahrt, zum allergrößten für Parteizwecke verwendet worden — nichts von Alledem hat vermocht, die Arbeiter darüber aufzuklären, auf welcher Seite sie ihre wahren, auf welcher sie ihre nur erheuchelten Freunde zu suchen hätten.

Einzelne wohlgesinnte und hochbegabte Männer haben sich zum Ziele gesetzt, die Arbeiter aus dem Banne der Socialdemokratie zu erlösen und deren Leitung selbst zu übernehmen, allein ihre Erfolge sind nur mäßige gewesen; zum Mindesten prahlen socialdemokratische Führer, es seien dadurch ihnen mehr Anhänger zugeführt, als abspenstig gemacht worden. Die sogenannte „Versöhnungspolitik", die auf eine „Mauserung" der Socialdemokratie, das heißt eine Verwandlung derselben in eine „bürgerliche Partei", speculirte, ist auf socialdemokratischen Parteitagen mit Hohn abgewiesen worden.

Hier eröffnet sich für die neue Gesellschaft ein weites Feld fruchtbarer und, wenn sie erfolgreich ist, in hohem Grade verdienstlicher Wirksamkeit. Von einer Umwandlung der Socialdemokratie als Partei wird sie allerdings absehen müssen. Wohl aber mag es ihr gelingen, durch eine besonnene, aber energische Socialreform zunächst einen Theil, allmählich einen immer größeren, der Arbeiter den Umstrickungen der Socialdemokratie zu entziehen, ihr Vertrauen zu gewinnen und umbildend auf ihre Denkart einzuwirken, die von dem Einflusse der Socialdemokratie aber noch freigebliebenen oder schon befreiten vor einen Rückfall in deren Schlingen zu bewahren.

Es war gewiß eine sehr richtige Taktik auf Seiten der Gründer der neuen Gesellschaft, daß sie sich alsbald in Verbindung setzten mit solchen Arbeitervereinen (den evangelischen und den katholischen, dem christlichen Bergarbeitervereine u. a.), die zwar für die „berechtigten" Forderungen der Arbeiter entschieden eintreten, aber ein friedliches Verhältniß zu den Arbeitgebern wünschen und suchen, daher die Streiks nur als ein äußerstes Mittel der Nothwehr betrachten. Es ist in der That „erfreulich", zu vernehmen, daß alle diese Vereine (die zusammen immerhin eine Zahl von nahezu 1 Million ausmachen mögen), sich ihr ohne Zögern angeschlossen haben. Durch sie wird sie auch mit den zur Zeit ihr noch fernstehenden Arbeitergruppen Fühlung gewinnen können.

Ein weiteres wirksames Mittel der „Agitation auf jede Weise", welche die Gesellschaft betreiben will, könnte wohl darin bestehen, daß die Mitglieder des Gesellschaftsausschusses, die so ziemlich in allen Theilen Deutschlands, in Nord und Süd, in Ost und West, wohnen, Mittelpuncte und anstoßgebende Leiter der zu bildenden „Zweigvereine" würden und daß sie in dieser Eigenschaft die Führung dieser Zweigvereine mit den Volkskreisen der Umgebung vermittelten. Wenn es dann gelänge, zu bewirken, daß Wünsche, Klagen, Beschwerden der Bevölkerung in Bezug auf öffentliche, politische, wirthschaftliche, sociale Zustände nicht mehr socialdemokratischen Agitatoren zu hetzerischen Zwecken, sondern diesen Zweigvereinen der Gesellschaft zum Zwecke einer Erledigung auf gesetzgeberischem Wege anvertraut würden, und wenn dann eine günstige Erledigung solcher Beschwerden mit Hilfe von parlamentarischen Mitgliedern der Gesellschaft erreicht werden könnte, so wäre damit der wüsten Agitation gewissenloser Hetzer mittels Entstellung oder Uebertreibung von Thatsachen ein gut Theil ihres Geschäftes verdorben.

Es ist in der Versammlung vom 6. d. M. Klage darüber geführt worden, daß der größte Theil der Unternehmer sich bis jetzt ziemlich spröde gegen die „Deutsche Gesellschaft für Socialreform" verhalte.

Auch das wird anders werden, wenn die Unternehmer nur erst darüber klar und in Sicherheit sind, was sie von der neuen Gesellschaft zu erwarten haben. Sie mußten erleben, daß der Streik der Hamburger Hafenarbeiter, der nach statistischen Nachweisen nicht wegen zu niedriger Löhne, sondern nur als eine „Kraftprobe" gegen die Rheder in Scene gesetzt und fortgeführt worden war, die Unterstützung von Männern fand, die sich Socialreformer nannten, daß aus einem eben solchen Kreise heraus gegen die Unternehmer in Bausch und Bogen und ohne Unterschied der Person auf das Gehässigste gehetzt, daß das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen von den Vertretern bürgerlicher Parteien im Reichstage als ein Attentat auf die Coalitionsfreiheit gebrandmarkt und gleichzeitig einem arbeiterfeindlichen Einflusse des Unternehmerthums bezeichnet wurde.

Wenn die Gesellschaft für sociale Reform erst thätig haben wird, daß sie solchen Angriffen auf das Unternehmerthum fremd und abhold ist, sowie daß die von ihr betriebenen socialen Reformen nach allen Seiten hin wohlerwogene, weder überhastete, noch ungebührlich verzögerte sind, daß sie weder zu viel noch zu wenig fordere und gebe, so werden auch die Unternehmer gleich den Arbeitern sich der Gesellschaft vertrauensvoll nähern und deren Bestrebungen unterstützen. Und dann wird sich auch die „Kampfesstellung" Beider zu einander mit Hülfe der von der Gesellschaft in Wirksamkeit zu setzenden Mittel je länger je mehr in eine „Friedensstellung" verwandeln — zum Wohl beider Theile und zum Heil der ganzen Nation!

Karl Biedermann.

Die Wirren in China.

Von militärischer Seite geht der „Nordd. Allg. Ztg." folgende Uebersicht über die Theilnahme der

deutschen Kriegsschiffsbesatzungen

an den Kämpfen in Tschili zu: Zu einem Siegesfecht, wie es die anfänglichen Nachrichten über die Bewegungen der chinesischen Kriegsschiffe erwarten ließen und aus dem unsere Marine praktische Lehren hätte ziehen können, ist sie im Verlaufe der chinesischen Wirren nicht berufen gewesen. Die Eroberung der Takuforts kann man als ein solches nicht bezeichnen, war doch der Gegner nicht die feindliche Flotte und fand doch auch dieser Kampf nicht auf offener See, nicht einmal von der Seeseite aus, sondern in der Flußmündung statt. An anderer Stelle aber ist nirgends unseren Kriegsschiffen der geringste Widerstand entgegengesetzt worden. Als Ende September das Panzergeschwader für die Fahrt nach Schanhaikwan bei Taku zusammengezogen wurde, da mochte wohl Mancher hoffen, daß nun der Moment gekommen sei, wo auch die mächtigen Schiffsgeschütze ein deutliches Wort mit den Chinesen reden könnten, aber die eilige Flucht der Fortbesatzung von Schanhaikwan vereitelte auch diese Hoffnung.

Dennoch hat die Marine ihren hervorragenden und wohl beneidenswerthen Antheil an der Niederwerfung des Boxer-Aufstandes nicht nur auf ihrem eigenen Element, dem Wasser, sondern auch in Vertretung der Landstreitkräfte auf dem Lande gehabt. Unter all den Kämpfen, die sich im vergangenen Jahre in Tschili abspielten, nimmt derjenige um die Takuforts eine besonders ehrenvolle Stelle ein. Hier waren es lediglich Marinetruppen, die die deutschen Waffen zum Siege führten, und in Aller Erinnerung lebt noch das heldenhafte Verhalten der „Iltis"-Mannschaft unter ihrem tapferen Capitän Lans, welcher als die Seele des Unternehmens nicht nur der Deutschen, sondern aller verbündeten Truppen hervorgehoben wurde. Während hier der „Iltis" vom Peiho aus und Landungstruppen S. M. SS. „Hertha", „Hansa" und „Gefion" (3 Officiere, 117 Mann) unter Führung des Capitäns zur See Pohl von der Landseite her einen harten und ruhmreichen Kampf gegen den energisch sich vertheidigenden Gegner führten, drangen bereits andere Marinetruppen zur Befreiung der Gesandtschaften gegen Peking vor. Landungsdetachements S. M. SS. „Hertha", „Hansa", „Kaiserin Augusta" und „Gefion" waren es, die unter der Führung des Capitäns zur See v. Usedom an der „Seymour-Expedition" theilnahmen. Der Erfolg, den sie erhofft, wurde ihnen freilich nicht zu Theil. Der brennende Wunsch, dort Hilfe zu leisten, wo jede Stunde den Untergang bringen konnte, war die Veranlassung, daß diese kleine Truppe auszog, ohne den ungeheuren Schwierigkeiten gewachsen zu sein, die sich ihr in um so höherem Maße entgegenstellen, je mehr sie in das Innere des Landes vordrang. Von allen Seiten von einem heimtückischen Feinde bedroht, von der Verpflegungsbasis abgeschnitten und ohne die Aussicht, unter solchen Umständen ihr Ziel erreichen zu können, mußte sie umkehren. Die Zahl der Todten und Verwundeten giebt Zeugniß von den Kämpfen, die sie zu bestehen hatte; das Aussehen des Detachements bei seinem endlichen Eintreffen in Tientsin war ein Beweis einerseits für die überstandenen Strapazen und Entbehrungen, andererseits aber in demselben Maße für den hervorragenden Geist und die Disciplin der Truppe. Auch unter diesen ungünstigen Verhältnissen hatte sich die kleine deutsche Marinetruppe bewährt. Kein Todter, der nicht mit militärischen Ehren begraben worden war, kein Verwundeter, der nicht von den Kameraden getreulich heimgebracht wurde, und auch keine Waffe war in Feindeshand gefallen. Dem Führer des deutschen Contingents wurde die besondere Anerkennung des englischen Admirals zu Theil; seiner Umsicht und seinen trefflichen Anordnungen sei es zu danken gewesen, daß die Expedition noch so, wie es geschehen, sich vom Feinde lösen konnte.

In Tientsin haben zu derselben Zeit Landungstruppen S. M. S. „Irene" und ein kleines Seesoldatendetachement, im Ganzen 6 Officiere, 170 Mann, an dem beständigen, aufreibenden Wach- und Gefechtsdienst zur Vertheidigung des Europäerviertels theilgenommen. Am 17. Juni waren von allen Nationen zusammen nur 2000 Mann zum Schutze der weitläufigen Fremdenniederlassungen vorhanden. Wie stark der Gegner um jene Zeit war, war nicht bekannt, sicher war aber, daß er in bedeutend größerer Stärke in und um Tientsin stand und daß seine Zahl von Tag zu Tag noch zunahm. Am 23. Juni endlich nahte der Entsatz für die schon nach allen Seiten abgeschlossenen Vertheidiger, indem sich im Verein mit russischen, englischen und amerikanischen Truppen die aus Tsingtau herangezogenen zwei Compagnien des 3. Seebataillons nach der Fremdenniederlassung durchkämpften. Schon am 3. Juli mußte aber die Marine-Infanterie, da sie in der eigenen Garnison benöthigt wurde, dorthin zurückkehren, und wiederum waren es die Landungscorps allein, welche an der Seite der Verbündeten die immer heftiger werdenden Angriffe der Chinesen abzuschlagen hatten. Als endlich am 14. Juli die Chinesenstadt Tientsin gefallen war und die nach und nach eingetretene Verstärkung der Verbündeten einen Vorstoß nach Norden zur weiteren Vertreibung des Gegners gestattete, betheiligten sich unter Capitänleutnant Philipp 180 deutsche Matrosen an dem Gefecht bei Peitsang am 5. August. An dem darauf folgenden Siegeszug nach Peking theilzunehmen, war ihnen leider nicht vergönnt, da sie schon, bevor der Beschluß zu diesem Vormarsch gefaßt wurde, zur Verstärkung der Besatzung von Tientsin dorthin zurückgezogen worden waren. Sobald die Absicht des Vorgehens auf Peking in Tientsin bekannt wurde, folgte zwar noch an demselben Tage, dem 9. August, Capitän zur See Pohl (Commandant S. M. S. „Hansa") mit 4 Officieren, 107 Mann und am folgenden Tage Capitänleutnant Hecht (1. Officier S. M. S. „Hertha") mit 2 Officieren, 150 Mann dem Expeditionscorps, doch trotz beschleunigter Märsche und außerordentlicher Anstrengungen vermochten sie nicht so zeitig vor Peking einzutreffen, um bei der Eroberung am 14. und 15. August mitwirken zu können. Es war ihnen nur noch möglich, an den Kämpfen im Innern der Stadt zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung Theil zu nehmen.

Nach dem Eintreffen des 1. und 2. Seebataillons und der Marine-Feldbatterie in Taku am 15. August konnten die Landungscorps der Kriegsschiffe aus Peking, Tientsin und dem Südfort von Taku zurückgezogen werden, eine Maßregel, die auch für die Verwendungsbereitschaft der Kriegsschiffe wünschenswerth war. Die Thätigkeit unserer Matrosen an Land war beendet. Volle zwei Monate hindurch aber hatten sie — von den kleinen Seesoldaten-Detachements in Peking und Tientsin abgesehen — allein mit hervorragender Ausdauer und Tapferkeit die deutsche Kriegsmacht in der Provinz Tschili vertreten.

---

* **Tientsin**, 27. Januar. (Telegramm.) Berittene Briganten, angeblich 2000 an Zahl, darunter Deserteure aller Nationen, bedrohen die Eisenbahnverbindungen; eine britisch-deutsche Expedition ist gegen sie abgesandt worden. — Die chinesischen Blätter veröffentlichen eine lange Liste von Namen derjenigen Orte, die von fremden Truppen ausgeplündert worden seien, und verlangen Schadenersatz. (Frankf. Ztg.)

* **London**, 28. Januar. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Hiamfu habe der Gouverneur von Shansi mehrere Hundert Geiseln bestellt, um den Hof Ende Februar nach Peking zu befördern. (Voss. Ztg.)

* **Shanghai**, 28. Januar. (Reuter's Bureau.) Ein chinesisches Blatt meldet: Rußland habe eingewilligt, die Mandschurei China wieder zu übergeben und keine Kriegsentschädigung zu verlangen. (?)

* **Berlin**, 28. Januar. (Telegramm.) Aus Tsingtau ist hier die Nachricht eingetroffen, daß der Gouverneur des Kiautschou-Gebietes, Capitän zur See Jäschke, am 27. Januar an den Folgeerscheinungen eines Darmtyphus verstorben ist.

* **Köln**, 28. Januar. Die „Kölnische Zeitung" berichtet aus Peking unter dem 27. Januar: Zur Feier des Geburtstages des deutschen Kaisers wurde heute Vormittag im Verbotenen Vorhof ein Feldgottesdienst abgehalten. Feldmarschall Graf Waldersee brachte ein Hoch auf den Kaiser aus. An die Feier schloß sich eine von prächtigem Wetter begünstigte Parade über die deutschen Truppen, der auch chinesische Prinzen beiwohnten.

Der Krieg in Südafrika.

Es wird von Tag zu Tag deutlicher ersichtlich, daß die **Boeren in der Capcolonie**

so rasche und ungehinderte Fortschritte machen konnten, weil die englandfeindlichen Afrikander ihnen jede Unterstützung angedeihen lassen, ohne ihr Leben durch Erhebung der Waffen aufs Spiel zu setzen. Alle Meldungen stimmen darin überein, daß Herzog's Commando nur wenige neue Anhänger unter den Einwohnern der Colonie erwarb, aber die bereitwillige Versorgung seiner Truppen mit Remonten, Proviant und Futter setzt ihn in die Lage, seinen Gegnern zu entgehen, die infolge der feindseligen Haltung der Bevölkerung auf die Erhaltung ihrer Rückverbindungen angewiesen sind. Selbst die Küstenplätze sind nicht sicher, wenn es den britischen Truppen nicht gelingen sollte, alle Pferde und Lebensmittel in den umliegenden Farmen aufzukaufen.

Einen komischen Eindruck macht es, daß kaum angeworbene englische Polizeitruppen sich den Boeren ohne jeglichen Widerstand ergeben. Das sieht ja so aus, als ließen sie sich von den Engländern nur mit Uniform, Schießgewehr und Munition ausrüsten, um dann als fertige Verbündete zu den Boeren überzugehen!

Lord Kitchener,

der kürzlich bei Middelburg beinahe den Boeren in die Hände fiel, resp. mit sammt dem Eisenbahnzug, mit dem er fuhr, in die Luft gesprengt wurde, war schon einmal, vor etwa 5 Monaten, in ähnlicher Gefahr. Er eilte auf einem gewöhnlichen Truppentransportzuge südwärts, wurde dabei aber von der Nacht überrascht und mußte für einige